Eugenius Messew

DAS REGIME

Aufstieg und Fall der Vieweger-Diktatur

Jubiläumsedition

Zehn Jahre Revolution

30. März 2001–30. März 2011

© 24Media, 3. überarb. Aufl., Hainichen 2011

INHALT

Vorwort	II
Kapitel 1: Ursprünge der Bewegung Vieweger in Ratelon	1
Kapitel 2: Der Fall der PFK in Ratelon und Ausrufung des Weltreiches	1
Kapitel 3: Die Verfassung des Weltreiches	2
Kapitel 4: Die Politik des Weltreichs	4
Kapitel 5: Der „Tag des Zorns“ und das Ende des Vieweger-Regimes	5
Kapitel 6: Epilog	7

Vorwort

Das Weltreich PFKanien, das Regime Vieweger – wie konnte es dazu kommen? Im folgenden Abriss der neuesten Geschichte PFKaniens soll der Versuch unternommen werden, die Hintergründe des Unrechtsstaates unter Vieweger zu beleuchten und Licht ins Dunkel der ersten Monate des Jahres 2001 zu bringen. Dabei findet vor allem der Zeitraum von den Anfängen der Bewegung Vieweger bis zur Revolution im März besondere Beachtung.

Sämtliche Zitate stammen entweder aus authentischen Postings im pfkanischen und ratelonischen Forum oder aus bovigo-Artikeln und offiziellem Briefverkehr. Die reichspfkanische Verfassung dient zur Veranschaulichung des Staatsaufbaus.

Hainichen im Juni 2001, Eugenius Messew

Vorwort zur Jubiläumsausgabe

Zehn Jahre sind seit der Revolution mittlerweile vergangen. Leider ist der Ursprung unseres Landes heute vielen nicht mehr bewusst, pfkanische Geschichte wird im Schulunterricht nur noch am Rande gelehrt. Daher erscheint das Werk nun in einer neuen Auflage als Jubiläumsband, um einer breiten Öffentlichkeit die Ereignisse im Frühjahr 2001 wieder in Erinnerung zu rufen. Auch wenn seit der Erstveröffentlichung bereits eine Dekade ins Land gegangen ist, beanspruchen die Grundzüge der Untersuchung auch heute noch Gültigkeit.

Hainichen im März 2011, Eugenius Messew

Kapitel 1:

URSPRÜNGE DER BEWEGUNG VIEWEGER IN RATELON

Die PFK (Partei für Klassenbelange), im Dezember 2000 durch Michael Vieweger in Ratelon gegründet, fiel relativ schnell durch rechtsgerichtete Politik auf. Die Ämterbezeichnungen „Kriegsminister“ und „Minister für Volksaufklärung und Propaganda“ zeigten zu deutlich die wahre Intention der Partei. Parteiorgane wie „Deutschritter“, die „Sportlergruppe Sieg“ und der offizielle Gruß der Partei „mit PFKanisch-ratelonischem Gruße“ trugen ihr Übriges zum Bild dieser politischen Gruppierung bei. Peppone, der damalige Unionskanzler Ratelons, warf der Partei unter anderem „Gründung einer bewaffneten Kampftruppe, aktiv-kämpferische Haltung gegen die bestehende demokratische Staatsordnung, Weltherrschaftsanspruch etc.“ vor. Anfängliche Zusammenarbeit mit etablierten Parteien Ratelons wurde bald, nachdem jedem klar wurde, mit wem man es hier zu tun hatte, beendet: „Die NKI zeigt sich geschockt zu den Äußerungen und kündigt der PFK hiermit die Zusammenarbeit auf.“ (Caralho, Vorsitzender NKI).

Kapitel 2:

DER FALL DER PFK IN RATELON UND AUSRUFUNG DES WELTREICHES

Unionskanzler Peppone erkannte die verhängnisvolle Gefahr, die durch Viewegers Partei ausging, und bezeichnete diese als „eine offensichtliche und nicht zu leugnende, gefährdende Situation für den Fortbestand der freiheitlich-demokratischen Ordnung.“ Er sollte Recht behalten. Der Rechtsstaat Ratelon reagierte schnell und verhängte am 6. Februar 2001 ein Verbot der Partei sowie die Ausbürgerung aller Parteimitglieder, nachdem auch der Vorwurf der Mehrfachanmeldung laut geworden war. Offenbar hatten sich mehrere Parteimitglieder unter verschiedenen Namen in Ratelon eingeschlichen, um einen Vorteil zu erhaschen. In zwei Fällen konnte der Tatvorwurf bewiesen werden, in sechs weiteren Fällen reichten die Indizien zu einer endgültigen Verurteilung nicht aus, der Verdacht blieb aber bis zuletzt bestehen.

Zunächst wurde seitens der PFK versucht, die Ausweisung zu umgehen und sich trotzdem weiterhin des ratelonischen Forums zu bedienen. Schließlich bekam der Kampf der PFK sogar bürgerkriegsähnliche Züge. Unionspräsident Jedamzik bezeichnete Vieweger und seine Schergen als „Störenfriede“ und bekräftigte, dass „Ratelon […] nicht Spielwiese von Extremisten werden“ dürfe. Daraufhin wurde durch die PFK die „Heilige Allianz gegen Ratelon“ ausgerufen und der Mailaccount des Unionspräsidenten Jedamzik bombardiert. Aber dies alles half nichts. Die polizeilichen Maßnahmen der ratelonischen Behörden wirkten und die PFK musste Ratelon verlassen. Jedamzik äußerte in einem Interview folgendes Hilfsangebot an andere Staaten, welches die Gefährlichkeit der PFK greifbar macht: „Wir stehen den anderen Staaten mit Rat und Tat beiseite, dass es darum geht der PfK keine Plattform im Netz mehr zu bieten.“ Der ratelonische Unionspräsident sah die zukünftige Entwicklung schon voraus: „Wir können die PfK im Ausland ansiedeln und schließlich erreicht die Partei dort durch welche Mittel auch immer die Mehrheit. Dann haben wir das Problem, dass die PfK in Form eines anderen Staates auftaucht und damit Bestandteil der Simulation ist.“

Nun heimatlos geworden und von allen anderen Nationen abgewiesen, gründete der gescheiterte Politiker Vieweger mit seinen Schergen einen neuen Staat und rief am 10. Februar 2001 das „Weltreich PFKanien“ aus. Alle Mitwirkenden der Organisation wurden zu Staatsbürgern des Weltreiches, Michael Vieweger ernannte sich selbst zum Reichspräsidenten und fand in Toni Jost, dem Reichskanzler, einen ergebenen, willfährigen Diener.

Kapitel 3:

Die Verfassung des Weltreiches

Der Charakter der reichspfkanischen Politik und die militaristisch-rechte Gesinnung Viewegers spiegelten sich besonders in der Verfassung des Weltreiches wider. Der selbsternannte Reichspräsident Vieweger schrieb sich unglaubliche Befugnisse und Rechte in der Verfassung fest. Der gesamte Staat war nach dem Führerprinzip auf ihn zugeschnitten, ja sogar namentlich auf Vieweger fixiert: „Der Reichspräsident ist Michael Vieweger“ (§4,1). Im Folgenden sicherte er sich allgewaltige Entscheidungskompeten-

zen: „2.) Der Reichspräsident ist der oberste Staatschef PFKaniens. 3.) Der Reichspräsident ist Oberbefehlshaber der Streitkräfte in Krieg und Frieden. [...] 5.) Der Reichspräsident arbeitet eng mit dem Reichskanzler und Reichstag zusammen. 6.) Der Reichspräsident ernennt und entläßt den Reichskanzler. 7.) Der Reichspräsident ernennt die Richter des obersten Gerichtshofes auf Lebenszeit.“ Damit konnte Vieweger ungehindert schalten und walten. Der Reichskanzler war eine bloße Marionette, die neben dem Reichstag, der ohne wirkliche Entscheidungsbefugnis blieb, demokratische Strukturen vortäuschen sollte.

Zwar war das Weltreich laut Verfassung ein „demokratischer und sozialer Bundesstaat“ (§2,1), aber die Illusion einer demokratischen Grundhaltung zerplatzte im direkt folgenden Artikel. Hier wurde das Volk als Souverän erst an dritter Stelle nach Reichspräsident und -kanzler genannt, was die wahren Verhältnisse nur zu deutlich beschriebt: „Die Staatsgewalt geht vom Reichspräsident, dem Reichskanzler sowie dem Volke PFKaniens aus.“ Die einzige Aufgabe des Reichstages, dem Hort der scheinbaren Mitbestimmung des Volkes, bestand darin, Gesetzesentwürfe des Kanzlers zu beraten. In Wirklichkeit aber wurde am Reichstag vorbei durch den Reichspräsidenten regiert.

Auch in militärischen Belangen glich der Reichstag eher einem pseudodemokratischen Spielball. „Bei militärischen Interventionen“ genoss der Reichstag zwar ein „Mitspracherecht“ (§3,9), aber diese mehr als vage Formulierung kann nicht darüber hinwegtäuschen, dass mehr als eine simple Beschwerde nicht möglich war. Aktiv eingreifen konnte definitiv niemand. In §6 der Verfassung zeigte sich deutlich die militaristische Gesinnung des Vieweger-Staates. „Für jeden Bürger PFKaniens ist es eine Ehre, in der PFKanischen Reichswehr dienen zu dürfen.“ (§6,2b). Die Armee war Mittelpunkt der Gesellschaft. Es war verfassungsmäßig verordnet, stolz auf die Armee zu sein. Verweigerer aus Gewissensgründen wurden hingegen „zu einem fünfjährigen Dienst bei gemeinnützigen Organisationen herangezogen“ (§6,3). Zudem war die Armee ein bloßes Machtinstrument des Reichspräsidenten Vieweger. „In Kriegszeiten können Reichspräsident und Reichskanzler den Reichskriegsausnahmezustand verhängen und somit die Entscheidungsgewalt des Reichstages aufheben“ (§6,8). Der Reichspräsident konnte in militärischen Angelegenheiten schalten und walten, ohne Einschränkungen durch Parlament und Volk.

Zusammenfassend lässt sich feststellen, dass der Reichspräsident eine erschreckende Machtfülle, ja gar eine Allgewalt auf Lebenszeit in der Verfassung verankern ließ – dies auf seinen eigenen Namen. Hier muss von diktatorischer Herrschaft schlimmster Sorte gesprochen werden.

Kapitel 4:

DIE POLITIK DES WELTREICHS

Der Beginn des Weltreiches war alles andere als von Erfolg gekrönt. Mitte Februar 2001 kam es zu Spannungen mit Astor und Extasien. Reichskanzler Jost wusste aber zu berichten, dass die größte Gefahr verhindert wurde: „Ein Krieg kann so gerade noch abgewendet werden." Die offensichtliche rechtsextreme Haltung blieb keinem Staatsmann verborgen. Die Führungsriege machte daraus auch keinen Hehl und nannte die Reichshauptstadt nach altem Vorbild „Germania". Um noch den letzten Zweifel zu zerstreuen, wurde kurz darauf ein Anti-Anglizismen-Gesetz erlassen, welches der „schreckliche[n] Verunzierungen und Verunglimpfungen unserer geliebten Muttersprache" Einhalt gebieten sollte. Es stellte die Verwendung von Anglizismen unter Strafe, die Sender VIVA und MTV wurden auf dem Reichsgebiet verboten. Die Strafen für die Verwendung von nicht deutschen Begriffen lag bei bis zu zwei Jahren Zuchthaus. Dies sollte auch dem letzten Zweifler alle Illusionen über die Absichten der Vieweger-Partei nehmen. Komischerweise galt dieses Gesetz nicht für die hohen Herren, die immer noch einen großen „News"-Bereich auf ihrer Internetseite prangen hatten, was bei ausländische Diplomaten für Erheiterung sorgte.

Die anhaltenden außenpolitischen Misserfolge veranlassten Vieweger dazu, eine „Diplomatie-Offensive" zu starten. Der Wolf fraß nun Kreide: Die allzu deutlichen Zeichen rechtsextremer Gesinnung wurden verborgen, um den anderen Staaten die Scheu vor Kontakten zu nehmen. Die Hauptstadt wurde in „Hainichen" umbenannt, erste Kontakte mit Wupperstein wurden aufgenommen. Es schien Wirkung zu zeigen. Vieweger konnte durch diesen drastischen Politikwechsel im März 2001 erste außenpolitische Erfolge verzeichnen. Das Königreich Moncao erkannte das Weltreich an, weil es nach Worten König Jussis „die gleiche Chance" verdiene „wie Wupperstein." Moncao beließ

es aber bei der formalen Anerkennung. Tiefergehende Beziehungen wurde aus Misstrauen nicht aufgenommen. Das Verhältnis Moncaos zum Weltreich blieb dauerhaft gestört. Es sollte sich später zeigen, dass diese neuerlichen Verbesserungen in PFKanien nur Fassade waren.

Kapitel 5:

DER „TAG DES ZORNS“ UND DAS ENDE DES VIEWEGER-REGIMES

Erbost über den Wechsel des pfkanischen Bürgers Salik nach Vulcanien, enteignete der Reichspräsident PFKaniens, Michael Vieweger, am 27. März 2001 Saliks Firma, die Bomber AG: „Hiermit erkläre ich sämtliche noch in PFKanien befindlichen Produktionsmittel und Besitze der ehem. Bomber AG für requiriert. Ex-Bürger Salik hat keinen Anspruch a[u]f [sic!] Entschädigung.“ Dies war jedoch laut Verfassung PFKaniens ein rechtswidriger Akt. Der Geschädigte legte daraufhin Klage ein und wurde durch den vulcanischen Außenminister Merlin in seinem Bestreben unterstützt. Die offene Parteinahme Vulcaniens in diesem Streit rief bei der Regierung PFKaniens starke Irritationen hervor. Die Lage eskalierte. Reichspräsident Vieweger beteuerte am Morgen des 29. März 2001 in einer Stellungnahme deutlich die Zurückhaltung PFKaniens: „Das Weltreich PFKanien ist ein friedlicher Staat, der es zu keiner Zeit nötig hatte, Konfliktsituationen mit anderen Staaten zu suchen. [...] Die Tatsache, daß PFKanien bis dato noch zu keinem Gegenschlag ausgeholt hat, ist allein der Tatsache zu schulden, daß das PFKanische Volk sowie die PFKanische Regierung einen ungebrochenen Friedenswillen zeigt.“

Noch am selben Tage gipfelten die Spannungen jedoch in einem pfkanischen Angriff auf das Forum Vulcaniens. Unter dem Motto „Tag des Zorns“ griff die Luftwaffe PFKaniens das Parlament Vulcaniens ohne Vorwarnung an, verursachte aber nur geringen Schaden. „Die Schäden des gut ein Dutzend Postings umgreifenden Angriffs gingen in der Flut der derweil normal geschriebenen Postings unter, jedoch war dann das Entsetzen darüber groß.“ Dies wusste der vulcanische Außenminister Merlin zu berichten. Im Weltreich wurden kriegshetzende Gesänge angestimmt: „Bomben, Bomben, Bomben auf Vulcanien!“ Pathetische Durchhalteparolen sollten das Volk bei Laune halten: „Ich

will lieber stehend sterben, als kniend leben, lieber tausend Qualen leiden, als einmal aufzugeben."

Währenddessen war Gewalt auch im eigenen Land an der Tagesordnung. Kritische Stimmen der eigenen Bürger wurden schwer bestraft, Andersdenkende wurden eingeschüchtert und ganz offen mit dem Tode bedroht. So hieß es in einem Kommentar der Weltreichsregierung wörtlich: „Ich schlage vor, wir zerren ihn auf's Feld, übergießen ihn mit Wodka und zünden ihn an." Barbarische Zustände in einem Land, dass sich als Demokratie bezeichnete und die Menschenwürde in der Verfassung verankert hatte. Vor diesem Hintergrund mehr als lächerlich.

Aus all diesen Vorfällen resultierte am 30. März 2001 ein revolutionärer Akt: die Amtsenthebung des selbstherrlichen Reichspräsidenten und des ihm ergebenen Reichskanzlers durch Rainer Zufall. Zufall, der den Mut aufbrachte, dem Terror-Regime die Stirn zu bieten, konnte das verbrecherische Handeln nicht länger geschehen lassen. Dazu eine offizielle Veröffentlichung: „Aufgrund der Vorkommnisse der letzten Tage werden mit sofortiger Wirkung der Reichspräsident Michael Vieweger und sein Komplize Toni Jost von ihren Ämtern enthoben. Bis zu den Neuwahlen wurde ich [Rainer Zufall] einstimmig als kommissarischer Reichsverwalter eingesetzt. Die PFK wird wegen verfassungswidriger Umtriebe vom Reichsverfassungsgericht verboten."

Die nachfolgenden Tage waren von kleineren Scharmützeln und Wortgefechten gezeichnet. Die abgesetzte Regierung konnte sich nur schwer behaupten. Die Zersplitterung PFKaniens machte sich unter anderem durch das Vorhandensein zweier Homepages deutlich. Der revolutionären Freiheitspartei unter Rainer Zufall gelang es, mehr und mehr an Boden gutzumachen und die Kontrolle über PFKanien zu gewinnen. Trotz der neuen Hoffnung der Vieweger-Anhänger nach der Meldung, Kyrolonien wolle sich PFKanien anschließen, gelang es nicht ihnen mehr, die Oberhand zu gewinnen: „Kyrolonien hat sich uns angeschlossen, um Rainer Zufall maximalen Widerstand leisten zu können. So schnell gebe ich mein Reich nicht auf. Die Wahl von Herrn Zufalls ist nicht gültig! Wir werden gemeinsam eine starke Front bilden, und bei der Wahl des Reichspräsidenten gemeinsam wieder die Regierung übernehmen."

Vieweger wollte oder konnte die neuen Realitäten nicht anerkennen. Vollkommen verblendet ignorierte er seine Absetzung und versuchte, sich selbst Mut zuzusprechen: „Wie Sie sicherlich wissen, ist dies eine nicht regierungsmäßig authorisierte Piratenseite

PFKaniens. Rainer Zufall ist der Webmaster dieser ‚Klauseite'. Selbstverständlich ist die alte Regierung weiter in Amt und Würden und selbstverständlich ist Rainer Zufall kein Bür[g]er PFKaniens." Die entmachteten Diktatoren zeigten ihr wahres Gesicht, ihre unverblümte Niveaulosigkeit in ihren Schmähbriefen an den Revolutionär Rainer Zufall. Im folgenden Schriftstück sind die ungeheuerlichsten Kraftausdrücke zensiert: „Wir furzen Deinen widerwärtigen, verpickelten, abgesessenen Computerfuzziarsch vom Planeten, du Spinner. **ck Dich und halts Maul, Onkel **cker, alter *******lutscher, Arschlecker, Onkel **cker" (Toni Jost, ehem. Reichskanzler, in einem Brief an Rainer Zufall vom 30.03.2001).

Der Prozess gegen Vieweger wurde vor dem neutralen Gericht in Caledonia unter Vorsitz von Kaiser Yosh I. geführt. Da der Angeklagte nicht vor Gericht erschienen war, wurde die Verhandlung in dessen Abwesenheit weitergeführt. Das weise Urteil wurde schließlich zur letzten Bestätigung für die Revolutionäre: Zum einen wurde die Enteignung Saliks für unrechtmäßig erklärt, zum anderen stellte das Gericht eine ungeheuerliche Kompetenzüberschreitung des Reichspräsidenten fest und empfahl, diesen nie wieder für ein Staatsamt zuzulassen. Weiter deckte Kaiser Yosh I. Unstimmigkeiten der Verfassung PFKaniens, insbesondere in der überaus undemokratischen Machtfülle des Reichspräsidenten, auf und schlug vor, diese zu überarbeiten.

Kapitel 6:

EPILOG

Die Revolutionäre um Rainer Zufall hatten den Sieg davongetragen. PFKanien war befreit und von nun an Sinnbild einer demokratischen, freiheitlichen Ordnung. Dem Militarismus wurde abgeschworen und die Armee wurde aufgelöst. Nie wieder sollte von PFKanien eine Gefahr für den Frieden ausgehen. Der gescheiterte Diktator Vieweger floh mit seinen Komplizen ins Exil und versuchte mit allen Mitteln, seine Herrschaft wieder aufzurichten. Noch im Mai 2001 wollte Vieweger, der offenbar völlig den Verstand verloren hatte, seine Entmachtung nicht wahrhaben: „Das Weltreich PFKanien läßt sich nicht unterkriegen." Aber er sollte nie wieder in sein Land zurückkommen.